



Beschluss

TOP I 26 Länderarbeitsgruppe „Digitaler Neustart“: Wiederaufnahme der Arbeiten anlässlich des Digital Services Act

Berichterstattung: Nordrhein-Westfalen, Hessen

1. Die EU-Kommission hat für das 4. Quartal 2020 einen Rechtsakt über digitale Dienste - „Digital Services Act“ - angekündigt. Dieser wirft voraussichtlich eine Vielzahl von Fragen im Bereich der Digitalisierung und deren Folgen für das europäische und nationale Zivilrecht auf, wie bereits das vorausgegangene Konsultationsverfahren gezeigt hat. Dazu gehören beispielsweise die geplante Überarbeitung und Weiterentwicklung der E-Commerce-Richtlinie mit Blick auf die Haftung bzw. Verantwortlichkeiten von Plattformbetreibern, der Regulierungsrahmen für den Einsatz von Systemen der Künstlichen Intelligenz durch Dienstleister oder die Fragen, die sich im Zusammenhang mit sogenannten Smart Contracts ergeben.
2. Vor diesem Hintergrund beauftragen die Justizministerinnen und Justizminister die Länderarbeitsgruppe „Digitaler Neustart“ auf der Grundlage ihres Beschlusses vom 5./6. Juni 2019, TOP I.8, Ziffer 5, demgemäß die Diskussion um die zivilrechtlichen Folgen der Digitalisierung sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene durch die Arbeitsgruppe weiter zu begleiten ist, die aus justizieller Sicht relevanten zivilrechtlichen Themen des Legislativvorhabens der EU-Kommission zu ermitteln, diese - ggf. auch unter Berücksichtigung der bereits in der Vergangenheit durch die Arbeitsgruppe erzielten Ergebnisse - zu untersuchen und der Konferenz der Justizministerinnen

Herbstkonferenz

26. / 27. November 2020



91. Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister

und Justizminister zu berichten. Ferner wird die Arbeitsgruppe entsprechend des oben genannten Beschlusses beauftragt, im Zuge dessen etwaigen Prüfungsbedarf sowohl hinsichtlich bereits behandelter Themen als auch in weiteren Bereichen zu ermitteln und ggf. ihre Arbeiten auch insoweit wieder aufzunehmen.

Baden-Württemberg
Bayern
Berlin
Brandenburg
Bremen
Hamburg
Hessen
Mecklenburg-Vorpommern
Niedersachsen
Nordrhein-Westfalen
Rheinland-Pfalz
Saarland
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Schleswig-Holstein
Thüringen